



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 26. April 1909

(Zur Reichsfinanzreform: Die Ansprache des Reichskanzlers. Der konservative Antrag auf eine Wertzuwachssteuer. — Die Lage im Orient.)

Unmittelbar nach der Rückkehr von der Reise hat der Reichskanzler einer Anzahl von Abordnungen einen gemeinsamen Empfang gewährt. Diese Abordnungen waren die Wortführer zahlreicher Kreise, die mit Ungeduld einer Lösung der Aufgaben der Reichsfinanzreform entgegensehen, und die über die Art, wie der Reichstag bisher diese Fragen behandelt hat, lebhaftes Mißbehagen, das sich hier und da zum Unwillen und zur Entrüstung steigert, empfinden. Die Tatsache, daß eine Bewegung durch das Land geht, die aus einer solchen Stimmung heraus den Volksvertretern zur endlichen Erreichung des Zieles den Rücken stärken will, kann nicht gut abgeleugnet werden, aber sie ist natürlich den Parteien, die immer noch möglichst viel für sich selbst dabei retten wollen, im höchsten Grade unbequem. Es ist gewiß außerordentlich schwer, die Stärke einer solchen Bewegung, die niemals ganz klar zum Ausdruck kommt, richtig abzuschätzen, aber daß die Parteipresse nicht ohne weiteres als Ausdruck der in den Wählerkreisen herrschenden Stimmungen anzusehen ist, liegt auf der Hand. Denn diese Organe sind im ganzen mehr die Werkzeuge, wodurch die Führer der Parteien auf die öffentliche Meinung ihrer Kreise zu wirken suchen, als die Sprachrohre dieser öffentlichen Meinung selbst. Es fehlt nirgends an gewichtigen Zeugnissen, daß in allen Kreisen des Volkes ein sehr lebhaftes Verständnis für die Nachteile des unfruchtbaren Hin- und Herzerrens der zu lösenden Probleme vorhanden ist. Man ärgert sich, wenn über nichts andres, so doch schon darüber, daß die Sache nicht vorwärtskommt. Man will Gewißheit haben, was denn nun eigentlich werden soll, welche Lasten übernommen werden müssen, wie man sich einzurichten hat. Bei der Empfindlichkeit des heutigen Geschäftslebens, aber auch — wie man hinzufügen muß — seiner Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit ist der unangenehmste Zustand die Ungewißheit. Denn es gibt immer Auskunftsmitel, um irgendeinen unvermeidlichen Druck erträglich zu gestalten, aber solange man einer noch ungewissen Gestaltung gegenübersteht, bleiben nur die vielen kleinen, unberechenbaren Rückwirkungen übrig, die aus der Ungewißheit entspringen. Aber auch abgesehen davon fehlt es dem gesunden Sinne weiter Volkskreise nicht an Verständnis für das unwürdige Schauspiel, das ihnen in den bisherigen Beratungen geboten worden ist. Daß die einzelnen Vorschläge gewissenhaft und dem entsprechend auch mit einem gewissen Zeitaufwande geprüft werden, könnte ja an sich hingehn; was verletzend wirkt, ist das Fehlen jeder Tendenz zur Verständigung, das skrupellose und rücksichtslose Bestreben der Parteien, ihre Meinung durchzusetzen, ohne daran zu denken, daß die Größe und die Eigenart der Aufgabe von vornherein Überzeugungsoffer von allen Beteiligten fordert. Und dieses unwürdige, widerwärtige Feilschen um kleine Parteivorteile in einer großen Lebensfrage des Reichs, bei einer Aufgabe, auf deren Scheitern das Ausland voll Schadenfreude wartet! Wir Deutschen wissen ja allerdings, daß das Reich nicht untergehn würde, wenn es auch nicht glücken sollte, eine völlig befriedigende Lösung zu erreichen. Aber daß ein solcher unglücklicher Ausgang eine schlimme moralische Niederlage für Deutschland bedeuten würde, darüber sind glücklicherweise weite Kreise des deutschen Volkes nicht im unklaren, und es ist notwendig, daß das auch zum Ausdruck kommt.

Es zeugt nicht gerade von gutem Gewissen, wenn die eingeschwornen Parteipolitiker an Rundgebungen dieser Art Anstoß nehmen. Ärgerlich mag es ja für die offiziellen Parteileitungen sein, ihre parlamentarische Taktik durch eine Bewegung im Volke selbst durchkreuzt zu sehen. Aber ärgerliche Tatsachen schafft man nicht durch ungeeignete Einwände aus der Welt. Es kann nur humoristisch wirken, wenn die konservative Presse warnend schreibt, dergleichen „Einwirkungen von außen“ auf den Reichstag seien nicht gut. Wenn sich die Volksbewegung mit der Meinung der konservativen Fraktion deckt, macht man bekanntlich sehr gern Gebrauch davon. Und warum auch nicht? Es ist das gute, verfassungsmäßige Recht der Wähler, ihre Meinung in gesetzlich zulässiger Form zu sagen. Wo steht geschrieben, daß sich der konservative Wähler jeder Meinung, die die Fraktion im Reichstage aus irgendwelchen Gründen beschließt, schweigend zu unterwerfen hat? Ebenso seltsam ist es, wenn ein freisinniges Blatt die kleine Zahl der vom Reichskanzler empfangenen Mitglieder der Deputationen dem aus allgemeinen Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangnen Reichstag gegenüberstellt, um die Bedeutungslosigkeit dieses Empfangs recht deutlich zu machen. Das ist eins von den Argumenten, die nur durch die Not entschuldigt werden. Denn es kommt doch wohl nicht auf die Zahl von Männern an, die als Wortführer dem Reichskanzler im Kongreßsaal seines Palastes gegenübergestanden haben; das ist eine einfache Raumfrage. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wer hinter diesen Sprechern steht. Und da diese Abordnungen ihr Mandat in großen Massenversammlungen empfangen haben, deren Veranstalter ein volles Recht haben, dafür angesehen zu werden, daß sie die öffentliche Meinung sehr beachtenswerter Kreise des deutschen Volkes kennen und vertreten, so wird man ganz im Gegensatz zu der erwähnten freisinnigen Preßstimme überzeugt sein dürfen, daß die Sprecher, die vor dem Reichskanzler erschienen, ein viel größeres Recht hatten, eine bestimmte positive Volksmeinung über die große Frage des Tags zum Ausdruck zu bringen, als die offiziellen Volksvertreter, die die Hoffnungen ihrer Wähler in diesem Falle vorläufig enttäuscht und jedenfalls nicht im Geiste der Wahlen von 1907 gehandelt haben. Der Gipfel der Lächerlichkeit in der Kritik der Presse über den Empfang im Reichskanzlerpalast ist es, wenn dem Fürsten Bülow ein Vorwurf daraus zu machen versucht wird, daß er die Abordnungen überhaupt empfangen und über die Absichten der Regierung außerhalb des Reichstags gesprochen hat. Man gewinnt freilich aus solchen Einwürfen, die — nach einer volkstümlichen Redensart — weder Hand noch Fuß haben, die erfreuliche Überzeugung, daß die Stellung der Regierung in dieser Frage und die Angst der Parteipolitiker vor dem gesunden Verstand des deutschen Volkes doch recht stark sein muß, sonst würde man sich schämen, das Ansehen des Reichstags dadurch stützen zu wollen, daß man der Regierung und dem deutschen Volke in völliger Verkennung der elementarsten politischen Freiheiten gewissermaßen verbieten will, sich gegenseitig auszusprechen.

Der Reichskanzler hat sich überdies in seiner Erwiderung auf die Ansprachen der Abordnungen in sehr bestimmt gezogenen Grenzen gehalten. Ja viele Freunde der Regierung werden sogar der Ansicht sein, daß er eher zu wenig gesagt und die Bewegung, deren Ausdruck ihm entgegengebracht wurde, zu wenig ermutigt hat, um nur ja den Schein zu vermeiden, als wolle er mit Hilfe dieser Bewegung einen Druck auf die verfassungsmäßige Arbeit des Reichstags, seine freie Prüfung und Entscheidung ausüben. Übrigens war es bei dem irreführenden Treiben der Parteitagitation wichtig und wertvoll, daß Fürst Bülow die Gelegenheit ergriff, den Standpunkt der verbündeten Regierungen in den Hauptzügen noch einmal festzulegen. Und daß es wirklich der Standpunkt der verbündeten Regierungen

war, nicht die persönliche Meinung des leitenden Staatsmanns, die sich vielleicht doch noch stärkern Einflüssen beugen mußte, das suchte Fürst Bülow durch die Form des Empfangs darzutun. Teils wirkliche, teils im parteipolitischen Interesse erheuchelte Begriffsstutzigkeit hat dem Umstande, daß Fürst Bülow die Deputation an der Spitze einer größeren Anzahl von Bundesratsbevollmächtigten mit einer gewissen Höflichkeit empfing, die Deutung gegeben, das sei aus Vergnügen an der Feierlichkeit geschehen, damit die Sache größeren Eindruck mache. Man darf wohl überzeugt sein, daß Fürst Bülow bei den Herren, deren Ansprache er am 20. April entgegennahm, ein so kindliches Gemüt mit gutem Grund nicht vorausgesetzt hat. Er sprach auch ausdrücklich im Namen der verbündeten Regierungen, wie schon aus den Worten hervorgeht: „Es ist der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage noch in dieser Session des Parlaments herbeizuführen. Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, bevor er endgültig zur Finanzreform Stellung genommen.“ Wichtig war es, zu hören, daß die verbündeten Regierungen die Inkeratensteuer und die Gas- und Elektrizitätssteuer fallen lassen und auf Erbschaftsteuern sinnen wollen, daß sie aber im übrigen an den Hauptgedanken ihrer Vorschläge und namentlich an der Ausdehnung der Erbschaftsteuer in irgendeiner Form festhalten.

Auf diese Regierungskundgebung hat nun die konservative Fraktion des Reichstags eine merkwürdige Antwort erteilt. Sie hat durch die Abgeordneten Dr. Roesicke und Graf Westarp den Entwurf einer Wertzuwachssteuer ausarbeiten lassen, die — wie ausdrücklich erklärt wird — nicht etwa zur Ergänzung des durch die Reformvorschläge noch nicht gedeckten Finanzbedarfs des Reichs dienen, sondern an die Stelle der „nach wie vor abzulehnenden“ Erbschaftsteuer treten soll. Die Wertzuwachssteuer soll auf Immobilien und Wertpapiere gelegt werden. Daß der ganze Vorschlag nur die Bedeutung eines taktischen Manövers, einer Demonstration gegen die Regierung und die Blockpolitik hat, geht schon daraus hervor, daß die Grundzüge des Antrags, der in der Finanzkommission eingebracht worden ist, in so unreifer und wenig durchdachter Form aufgestellt worden sind, daß man sie mit der *Rölnischen Zeitung* von vornherein als totgebornes Kind betrachten muß. Bezeichnend war, daß schon vierundzwanzig Stunden nach Erscheinen der Vorschläge in der Begründung die Schätzungen des Ertrages geändert werden mußten. Es gab eine Zeit — und es war nicht die schlechteste in der Geschichte der Partei —, wo man es im konservativen Lager verschmäht hätte, mit solchen Mitteln zu arbeiten, wo man es nicht über sich gewonnen hätte, ein unbrauchbares, oberflächlich begründetes, eilig zusammengestoppeltes Machwerk unter der Flagge der alten stolzen Partei hinauszusenden, nur um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und ein nützliches Werk aufzuhalten. Aber heutzutage wird eben alles auf die demagogische Wirkung berechnet. Nachdem man dem Volke soviel von der „widerrwärtigen“ Nachlaßsteuer vorgeredet und mit Übertreibungen, Entstellungen und Schlagworten die Methoden, die man früher mit berechtigtem Stolz verachtete, überboten hat, glaubt man einen besondern Eindruck zu machen, wenn man um jeden Preis eine Erbschaftsteuer vorschlägt, auf die man das Stichwort „Besteuerung des unverdienten Vermögenszuwachs“ anwenden kann. Dieses Stichwort könnte auch einer sozialdemokratischen Versammlung imponieren, und das Odium der Nichtverwirklichung solcher unverdauten und unausführbaren Vorschläge schiebt man dann sehr bequem der Regierung zu.

Schon der erste Satz der Begründung des konservativen Antrags enthält eine falsche Darstellung. Es heißt da: „Die Vorlage betreffend Besteuerung des Nachlasses hat zur Grundlage die Auffassung, daß durch dieselbe ein unverdienter

Vermögenszuwachs besteuert werden soll.“ Das ist falsch, absolut falsch, wenn es auch eine bequeme Grundlage der weiteren konservativen Beweisführung sein mag. Das Problem geht vielmehr dahin, den Besitz nur nach seiner tatsächlichen Höhe ohne Rücksicht auf die Art und Umstände seiner Erwerbung zur Besteuerung heranzuziehen. Dieser Absicht würde am besten eine Vermögenssteuer entsprechen. Aber die Durchführung einer solchen Steuer ist nicht möglich, ohne daß das Reich in die Rechte der Einzelstaaten eingreift. Es sind bis jetzt nur zwei Wege gefunden worden, eine direkte Vermögenssteuer für das Reich nutzbar zu machen. Der eine Weg ist der, daß das Reich die Steuer durch Vermittlung der Einzelstaaten einzieht. Aber dann läuft die ganze Einrichtung entweder auf einen noch stärkeren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten oder auf eine Vermehrung der Matrikularbeiträge hinaus. Darum ist dieser Weg für ungangbar befunden worden. Bleibt also nur der andre, und der besteht darin, daß die Vermögenssteuer nicht fortlaufend erhoben wird, sondern nur von Zeit zu Zeit bei einer bestimmten Gelegenheit, die von den Einzelstaaten ohne Schaden für ihre Hoheitsrechte und ihre laufende Finanzwirtschaft dem Reiche freigegeben werden kann. Eine solche Gelegenheit ist der Übergang eines Vermögens auf neue Besitzer infolge Todesfalls. Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß das Vermögen deshalb besteuert werden soll, weil die neuen Besitzer es „unverdient“ erworben haben; ein solcher Unsinn existiert nur in der Phantasie der Gegner des Vorschlags, die sich dergleichen Gründe konstruieren, um darauf loszuschlagen zu können. Das Vermögen wird weder besteuert, weil es unverdient ist, noch weil irgendein andres Urteil über die Zusammenbringung des Vermögens abgegeben werden soll, sondern einfach, weil es da ist. Die Erbschaftssteuer von der Form der Nachlaß- oder Erbanfallsteuer ist nichts andres als ein sehr niedriger, die kleinen Vermögen ganz frei lassender Zuschlag zu einer Vermögenssteuer, der aus Gründen, die in den komplizierten Verhältnissen unsrer Reichsverfassung liegen, nicht fortlaufend erhoben werden kann und dafür von jedem Vermögen nur von Zeit zu Zeit — in einem Jahrhundert drei-, höchstens viermal; öfter ist es bei direktem Erbgang vom Vater auf den Sohn schon aus physischen Gründen nicht möglich — bei bestimmter Veranlassung erhoben werden muß, wo diese Inanspruchnahme die Rechte der Einzelstaaten nicht berührt. Wenn gesagt wird, der Augenblick eines Besitzwechsels wegen Todesfalls sei zur Erhebung einer solchen Steuer besonders ungeeignet, so läßt sich das nur mit zwei falschen Voraussetzungen begründen. Die eine besteht darin, daß sich der Übergang eines Vermögens in andre Hände bei einem Todesfall in der Regel ohne Störung durch irdische Geschäfte vollzieht, während jeder Mensch, der den Kinderschuhen entwachsen ist, weiß, daß es auch in dem Falle, daß alles peinlich geordnet und durch Testament geregelt ist, niemals ohne geschäftliche Scherereien, Förmlichkeiten, Rechtsakte, Einmischung von Behörden, Unkosten der verschiedensten Art, Verpflichtungen, kleine Kollisionen der Wünsche und Ansichten der Hinterbliebenen und dergleichen abgeht, kurz, hundert Kleinigkeiten, die es sehr gleichgültig erscheinen lassen, ob noch eine Abrechnung mehr wegen der Steuer zu machen ist. Die zweite falsche Voraussetzung besteht darin, daß der Erbanfall für den Deszendenten als ein bestimmt zu berechnendes Ereignis hingestellt wird, so daß das Reich, wenn es von den Erben die Steuer einzieht, ihnen etwas nimmt, was sie in bestimmter Höhe und zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwarten das Recht hatten. Wenn nun der Besitzer eines Vermögens, statt zu sterben, noch weitere zehn Jahre in einem erwerbsunfähigen Zustande lebt? Dann müssen doch die Erben die daraus entstehenden Vermögensnachteile ruhig auf sich nehmen. Es kann also doch nicht von einem absoluten Recht des Erben auf das Vermögen des Erblassers in einer bestimmten Höhe die Rede

sein. Wenn also der Staat, dem das Recht auf Besteuerung des Besitzes prinzipiell zugestanden worden ist — das haben ja auch die Konservativen getan —, eine geringfügige Steuer vom Nachlaß einfordert, so ist es lächerlich, das als eine Schmälerung der Rechte der Hinterbliebenen hinzustellen, die im Falle der Einführung einer laufenden Vermögenssteuer wahrscheinlich eine geringere Summe geerbt hätten.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch auf eine Polemik der Kreuzzeitung gegen unsre Ausführungen in Nr. 16 zurückkommen. Auf die unwilligen Bemerkungen des genannten Blattes zu erwidern, halten wir für unnötig, da wir nicht auf Beifall von seiner Seite gerechnet haben. Nur eine sachliche Bemerkung. Die Kreuzzeitung beanstandet es, daß wir die Verantwortung der Regierung und insbesondere des Reichskanzlers für das bekannte Kompromiß in der Reichsfinanzreform abgelehnt haben. Sie deutet an, daß das Kompromiß allerdings dem Eingreifen des Reichskanzlers zu danken gewesen sei; er habe verhindert, daß der „vernünftige“ Antrag Gerold abgelehnt wurde. Dieses Urteil über den Antrag Gerold zeigt zunächst, daß wir uns wohl mit der Kreuzzeitung über die Sache selbst nicht einigen werden. Nach unsrer Meinung war der Antrag Gerold inhaltlich eine ebenso schlechte Lösung wie das an seiner Stelle angenommene Kompromiß. Bei dem Antrage Gerold kam aber zu seiner inhaltlichen Unbrauchbarkeit noch hinzu, daß er taktisch die Wirkung haben mußte, den Block zu sprengen, die Liberalen auszuschalten und das Zentrum einzuschalten. Und zwar handelte es sich nicht bloß um die Mitwirkung des Zentrums bei einer unbedenklichen, im Interesse des Endzwecks zu begrüßenden Lösung — eine solche Mitwirkung des Zentrums wird niemand ablehnen —, sondern um die dauernde Änderung der politischen Konstellation, wodurch die Regierung wieder unter ein Parteejoch gebeugt, das ganze Werk der Reichsfinanzreform wieder auf ein falsches Geleise geschoben werden sollte. Das Kompromiß taugte zwar inhaltlich, wie gesagt, auch nichts, aber es brachte durch die Verständigung zwischen Konservativen und Liberalen in der Hauptfrage, daß ein Teil des Reichsfinanzbedarfs durch Besitzsteuern gedeckt werden müsse, wenigstens die Möglichkeit, die gänzlich stockenden Verhandlungen über die Verbrauchssteuern wieder in Gang zu bringen. Dadurch wurde die Aussicht offengehalten, die Reform doch noch im Sinne der Regierungsvorschläge zu lösen. In diesem Sinne dazu beigetragen zu haben, daß der Antrag Gerold durch das Kompromiß ersetzt wurde, ist das Werk und — wir fügen hinzu — das Verdienst des Reichskanzlers. Die Kreuzzeitung irrt also, wenn sie meint, wir wollten diese Einwirkung des Reichskanzlers leugnen. Aber mit dem Inhalt des Kompromisses hat der Reichskanzler nichts zu tun. Wir stellen das fest, weil die Kreuzzeitung uns vorwirft, nicht richtig unterrichtet zu sein, während sie uns nach guter deutscher Preßmanier „offiziös“ tituliert. Umgekehrt wird es richtig, wir sind gut unterrichtet, aber nicht offiziös.

In der auswärtigen Politik stehen wir immer noch vor der Frage, welche Entwicklung die Verhältnisse in der Türkei nehmen, und wie sie auf die europäische Politik zurückwirken werden. Wir brauchen uns im Rahmen dieser Besprechung diesmal nur auf wenige Bemerkungen zu beschränken. Die Jungtürken haben in der letzten Woche dank der glänzenden Leistungen der tüchtigen militärischen Kräfte, über die sie verfügen, schnell die Macht zurückgewonnen. Ein vorzüglich geleiteter Aufmarsch hat die Korps von Saloniki und Adrianopel unter der Führung von Mahmud Schenwet Pascha mit großer Schnelligkeit vor die Tore der Hauptstadt geführt, worauf sie sich schnell zu Herren der Stadt gemacht haben. Nach heftigem Kampfe sind die Kasernen der Stadtteile Pera, Tophane, Skutari genommen, ist dann auch der Wildis Kiosk zur Übergabe genötigt worden. Sultan Abdul Hamid ist tatsächlich, wenn auch nicht der Form nach, ein Gefangener der Jungtürken.

Die weitere Gestaltung der Dinge ist aber in diesem Augenblick noch schwer zu beurteilen. Eine Frucht dieser Ereignisse scheint aber doch gesichert, die Verständigung zwischen der Türkei und Bulgarien. Schon ist die Unabhängigkeit Bulgariens auch von andern Mächten anerkannt worden. Wenn Deutschland und Österreich-Ungarn mit dieser Erklärung noch zurückhalten, so geschieht das nicht aus Übelwollen gegen Bulgarien, sondern weil beide Mächte zunächst Gewißheit darüber haben müssen, wie die Interessenten der Orientbahn zufriedengestellt werden. Diese Sonderstellung der beiden Zentralmächte wird freilich wieder als Handhabe benutzt, um Mißtrauen gegen sie zu säen. Immer wieder wird das Märchen aufgewärmt, Deutschland habe durch Drohungen einen Druck auf Rußland ausgeübt, in der serbischen Frage nachzugeben. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat erst kürzlich noch die Legende von einer drohenden Depesche Kaiser Wilhelms an Kaiser Nikolaus durch Nachweis der Daten der auf diese Frage bezüglichen Aktenstücke zurückgewiesen. Das wird allerdings nicht allzuviel helfen; wenn eine Lüge nicht vorhält, wird eine neue erfunden. Neuerdings tritt die englische Presse auch wieder als Hezerin zwischen Amerika und Deutschland. Aber da wir jetzt schwerlich der Gefahr unterliegen, uns in falsche Sicherheit wiegen zu lassen, so können wir dergleichen mit Gleichmut ertragen.

Ein österreichischer Sozialdemokrat über die demokratische Presse Deutschlands. In der letzten Nummer der Sozialistischen Monatshefte bringt Karl Leuthner, der, wenn wir nicht irren, Chefredakteur des leitenden Blattes der österreichischen Sozialdemokratie, der Wiener Arbeiterzeitung ist, einen Artikel, in dem in sehr verständigem Sinne die Schwierigkeiten technischer und politischer Natur, die einer deutsch-englischen Flottenabmachung entgegenstehen, erörtert werden. Die Einleitung dieses Artikels, den Karl Leuthner „Herrenvolk und Pöbelvolk“ betitelt, bringt Betrachtungen über die Haltung der reichsdeutschen demokratischen Presse gegenüber dem Auslande, die wir hier zum Abdruck bringen, da sie, wenngleich die Freude an der scharfen Form den Verfasser zu einer unhaltbaren Verallgemeinerung seiner Vorwürfe verleitet hat, in manchem den Nagel auf den Kopf treffen:

„Harmlosere Tierchen gibt es auf Erden wohl kaum als eine gewisse sehr verbreitete Gattung deutscher Demokraten. Sie mögen neun Zehntel aller antimonarchischen Wiße machen, die zurzeit in Europa zu Markte kommen, und vom Mord an Abel bis zur letzten Berliner Messerstecherei alle Übel dieser Welt von den deutschen Böllen ableiten: ihr Heldentum ist doch nur mit Eisenfarbe bestrichne Pappe. Und wenn sie auch die ehrliche Unmoral unsrer Vordelle, die bekanntlich durchwegs von einem Geiste Petroniuscher Heidenheiterkeit und Juvenalischer Sieghaftigkeit des Wißes geleitet sind, über die versteckte, dumpfe Lüsternheit der Sittlichkeitsvereine siegen lassen: sucht nicht den Pferdefuß, sucht lieber gespaltnie Hufe. Denn wisset, wie grimmig sie brummen, wie sündhaft zu lachen sie sich bemühen, sie sind doch zahme blökende Schäfchen, und wenn sie ein hoher Herr, namentlich ein ausländischer, der dann gar nicht einmal so hoch gestellt sein braucht, hinter den Ohren kratzt, so wackeln sie niedlich mit dem Lämmerchwänzchen.

Eine komische Verbindung von Snobtum, bedientenhafter Ausländerei und Junkerheulmeierei treibt im Vordergrund unsrer Zeitschriften ihr Wesen und kompromittiert die deutsche Demokratie vor aller Welt. Denn nicht mehr unter dem Schatten des Schlapphuts gedeiht die Demokratie, sie lehrt euch vielmehr, wie ihr zu jeder Tageszeit euch englisch zu kleiden habt, und oft könnt ihr zweifeln, ob die Jägerhemden oder der Polizeiübermut der schlimmere Schaden am deutschen Volkskörper seien. Deutsche Studentenkneiperei und deutsche Studentenpaukerei

tadeln sie männlich, aber glaubt mir, nur weil es deutsche Laster sind; wenn ihr beim Fußmatch dem Nebenmenschen den Kopf zertrümmert oder im Bogen den Gipfel des studentischen Strebens erblickt, seid ihr leuchtende Blüten der Humanität und ernste Jünger der Wissenschaft. Diese Art Demokraten hassen den Despotismus und verabscheuen das Blutvergießen, vorausgesetzt, daß der Despot ein Deutscher war, und das Blutvergießen zum Vorteil Deutschlands anschlag. Das älteste Unrecht ist nicht verjährt, wenn es im Verdacht steht, irgendwie in seinen Folgen zur Unabhängigkeit des deutschen Volks geführt zu haben. Weder Genie noch Schönheit mildern das Urteil über längst verstorbene Fürsten und Fürstinnen, falls sie auf deutschen Thronen saßen, ihnen gegenüber wandeln sich alle starken Geister in Bettlakenprüfer nach Behses Manier um: aber dafür durchschnüffeln sie die müßigsten Lächer von Versailles nach Herrlichkeiten der Rokokozeit und halten euch die Parfüms der Maitresse des blödsinnigen Ludwigs des Fünfzehnten als Beweise der Altern, formgesättigten französischen Kultur unter die Nase. Noch ist der polnische Reaktionär nicht gefunden, der sich dazu erniedrigt hätte, Friedrich um seines Feldherrntalents und der Katharina um ihres Cäsarenfinns willen die Zerreißung des eignen Vaterlandes zu verzeihen; in Deutschland gibt es Schriftsteller, die es ihrer Nation förmlich als Kulturlosigkeit und Tölperei vorrücken, das Joch einer militäristischen Fremdherrschaft abgeworfen zu haben. Der feilste Schmierfink eines panslawistischen Blattes würde es abweisen, dem Gegner zu dienen, ganze Scharen von deutschen Blättern dagegen machen auswärtige Politik, indem sie die Times, den *Matin* und die *Nowoje Wremja* übersetzen. Auch der Chauvinismus ist eben nur ein Verbrechen, sofern er deutscher Chauvinismus ist. Und der Antimonarchismus? Laßt uns dankbar sein. In den schweren Stunden, die wir dachten und fannen, was wir mit unsrer schwachen Feder doch vielleicht dazu beitragen könnten, das furchtbare Verhängnis des Krieges fernzuhalten, boten uns den einzigen Trost und die einzige Erheiterung gewisse reichsdeutsche Blätter — es waren diesmal, zu ihrer Ehre sei es gesagt, doch nur wenige —, die sich täglich stärker mühten, den Kronprinzen Georg ins Heldenmaß zu recken und seine Gassenbühnereien als die Offenbarungen des serbischen Volkszorns zu interpretieren. Wir freuten uns, denn wir wußten doch ein bißchen mehr von dem Unterzeug dieser Herrschaften. Und als dann die Geschichte mit dem Tritt vor den Bauch öffentlich wurde, spitzten wir uns in Neugier darauf, wie die Braven sich nun winden würden. Es lohnte der Neugier. Er war wirklich lesenswert, dieser Ausbruch von Behmut aus deutscher Demokratenbrust, diese grollende Klage gegen das Schicksal, daß ein ausländischer Prinz, der durch das tägliche Schmähchen auf die deutschen Hunde im Sturm die Herzen aller Freiheitsfreunde erobert hatte, nun durch eine unzeitige Aufwallung seines edeln, aber stürmischen Temperaments der Popularität verlustig wurde.

Man gönne uns die Erheiterung. Da an unsern abgestumpften Nerven die gewollte wohlbestallte Wochenkomik versagt, müssen wir uns der ungewollten offen halten, die aus so manchem Quell sogar täglich sprudelt. Wüßten die Leute, wie viele unübertreffliche Witzblätter in deutschen Landen erscheinen, deren Witz nur den Verfassern selbst verborgen ist . . . Aber suche jeder selber, und wenn er dann findet, wird ihm auch manchmal das Lachen vergehn. Denn er wird sich besinnen, daß Deutschland leider nicht unter einer Glasglocke steht, daß es in Europa liegt, ja in dessen Herzen. Und er wird sich sagen, daß es doch nicht völlig gleichgültig sein kann, wenn unsre Nachbarn, die als Nachbarn auch in der Regel unsre Feinde sind, in den Gesinnungen Deutscher sozusagen ein Territorium in unserm eignen Lande finden. Der Haß, der uns trifft — und wo ist der Deutsche Deutschlands und Österreichs heute nicht verhaßt? —, mag sich am Gegensatz der Interessen entzündet haben, er nährt sich ebensosehr am Vorurteil. Im Grunde spricht

aus den grossenden Angriffen der Engländer die staunende Entrüstung, daß die einst so nichtigen und bequemen Deutschen jetzt ein Volk sein und das Recht auf Existenz in Anspruch nehmen wollten. Kann es da ohne Wirkung bleiben, wenn diese Theorie der Herren- und der Pöbelvölker unter Deutschen selbst ihre Vertreter findet, wenn deutsche Schriftsteller das selbe an den Engländern zum Recht machen, was sie Unrecht heißen, wenn es ein Deutscher tut?

Die Deutschen, die seit vierzig Jahren Frieden halten, ihn auch in den Tagen ihrer unzweifelhaften Übermacht nicht gestört haben, bilden die einzige Gefahr für den Frieden Europas: dies ist so ziemlich die gemeinsame Überzeugung und Lehre aller Engländer und aller Panlawisten. Und die sind am besten überzeugt, die am eifrigsten vor Reval die orientalische Krise vorbereitet haben. Die Ränke des englischen Balkankomitees kennt alle Welt, die englischen Antriebe im Persischen Golf und in Arabien liegen offen zutage: den Russen, auch den demokratischsten Russen, möchten wir es nicht verübeln, daß sie zu alledem schweigen, hat sich doch Rußland vertragsmäßig seinen Anteil an dem zu erhoffenden Raub gesichert. Aber fehlt es etwa an Deutschen, die den rein wirtschaftspolitischen Plan einer Bagdadbahn als Bedrohung des Gleichgewichts im Osten bezeichnen? England hat die Ägypter an die Hundekette eines Preßgesetzes gelegt, das asiatischer Despotenwitz erdrossen, jede Regung freien Geistes zu ersticken, und regiert in Indien über dreihundert Millionen Menschen mit der Geißel der Ausnahmegeetze: wage aber einer zu bezweifeln, daß Britannien der Hort der Freiheit sei! Er läuft Gefahr, in deutschen Landen als Chauvinist gebrandmarkt zu werden. Mit dem Engländer zieht stets das Gefühl herum, daß ihm alles erlaubt, daß in der Befriedigung seiner Interessen das Glück und das Recht der Welt erfüllt sei. Dadurch sind die Engländer ein Herrenvolk, und ihre aristokratische Selbstbewertung hat suggestive Kraft auf alle Schwachen im Geiste. Der Bediente hat immer unrecht, er glaubt es zuletzt selber.

Ewigen Gedächtnisses wert scheint mir die Tatsache, daß nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges von Deutschen Deutschland der Vorwurf erhoben wurde, es habe durch das Kiautschouabenteuer den armen, Eroberungsgedanken durchaus fremden Zaren verleitet, gleichfalls im fernen Osten auf Landraub auszugehen. Man weiß, wie dieses Selbstzeugnis in der russischen Presse aufgegriffen wurde. In unendlichen Variationen wiederholt gab es den ersten Anstoß zu jener Gedankenbewegung, die schließlich als Neoslavophilentum eine russische Politik der Kriegsdrohung und des Hasses gegen den Germanismus wiedergeboren hat. Und russische Demokraten sind seine eifrigsten Träger. Man spricht sonst von feindlichen Interessen: aber wo walten sie zwischen Rußland und Deutschland? Und wenn sie auch gegeben wären, es sind heute letzten Endes die Völker selbst, die die großen Wendungen des Schicksals bestimmen. Sie aber bewegt mehr das Gefühl als die Erwägung. Spotte man immerhin über Druckerchwärze auf Papier: woher stammt alle Konfliktstimmung als von dem Wahn des erobernden Pangermanismus, der in russischen und englischen Köpfen rumort? Und woher dieser Wahn, wenn nicht von jahrelanger Bearbeitung der Hirne durch eine zielvolle Propaganda der Lüge? Ich beuge mich vor den Slingoes und den Panlawisten: sie sind unvergleichliche Kenner der Volkspychologie. Ich kann nicht anders, als ihren Erfindungsgeist bewundern, daß sie alle Lücken der Geschäftsreklame und der Zeitungsensation als Behälter in den Dienst ihrer Ideen zu stellen verstanden. Ich finde nichts der Konsequenz gleich, mit der sie jedes Ereignis, das der Tag bringt, stets aus der Quelle der deutschen Bosheit abzuleiten wissen, und erst recht nichts ihrer Unbekümmertheit, vor der Verleumdung auch dann nicht zurückzuschrecken, wenn sie aus den finstersten Tiefen der Dummheit geholt werden muß. Es gibt Blätter, die

in jeder Äußerung auf diesen Ton gestimmt sind, die den Deutschen im Feuilleton höhnen, wenn sie im Leitartikel vor ihm gruseln machen. Und alles tagaus tagein, bei jeder Betrachtung bis zur literarischen Notiz, bis zur gesellschaftlichen Anekdote herab. Die Deutschen, die so lau ihr eignes Volk lieben, haben keine Ahnung von diesen Werken des Hasses. Mit der Naivität von Kindern blicken sie meist in die Welt, ihr gutgemeintes Geschwätz von Recht und Gerechtigkeit weckt nur die Verachtung jener gewandten Macher, die die Worte Freiheit oder gerechte Sache anwenden, wie der gerissene Händler von Wohlfeilheit und Realität redet. Doch diese mögen schließlich sein, was sie wollen, jedenfalls sind sie zum besten Teil ehrlich begeistert und sind eben darum erst recht eine Macht; das kann bloß die Ignoranz leugnen.“

Da mag manches zu scharf, manches zu allgemein sein, vieles ist leider Gottes richtig. Deuthner tut indes der deutschen Presse gewiß unrecht, wenn er die Vorwürfe, die außer der sozialdemokratischen Presse nur ganz vereinzelte Zeitungen treffen können, auf die ganze demokratische Presse ausdehnt, die in ihrem weitaus überwiegenden Teil Fragen der auswärtigen Politik als Fragen des gesamten Volkes in durchaus deutschem Sinne behandelt. Daß ein demokratisches Organ während der letzten Balkankrise aus Liebe zu Frankreich unentwegt für die russische Politik gekämpft, von Österreich-Ungarn ein Entgegenkommen in der serbischen Frage, von Deutschland eine Einwirkung auf Österreich-Ungarn gefordert hat und zusammen mit Tschołsky für eine internationale Konferenz eingetreten ist, kann zwar nicht bestritten werden, berechtigt aber nicht zu Schlüssen über die Haltung der deutschen Presse im allgemeinen.

Ruhland. Im 2. Heft habe ich ein Buch von Dr. G. Ruhland ungünstig rezensiert und in einer Anmerkung den Prozeß erwähnt, den er gegen Professor Biermer geführt hat. Herr Professor Ruhland schreibt nun der Redaktion, die Freisprechung seines Beleidigers habe bei allen, die ihn (Ruhland) und die Verhältnisse kennen, ein lebhaftes Kopfschütteln hervorgerufen. Er legt die offizielle Erklärung des Bundes der Landwirte bei (sie steht in Nr. 43 der Deutschen Tageszeitung) und erwartet, daß die darin wiedergegebene Auffassung in den Grenzboten Raum finden werde. Wir erfüllen diese Erwartung durch die kurze Mitteilung, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte das Programm Ruhlands abdruckt (dessen erster Satz, die Landwirtschaft sei als die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft anzuerkennen, entspricht meiner eignen Überzeugung), seine öffentliche Tätigkeit skizziert, die Grundlosigkeit der gegen ihn erhobnen Beschuldigungen nachweist und schließt, der Bundesvorstand habe nicht den mindesten Anlaß, wegen dieses Prozesses seine Stellung zu Herrn Professor Dr. Ruhland zu ändern. Ausführlicher kann ich auf diese Erklärung nicht eingehen, weil das rezensierte Buch — um dieses allein, nicht um die Person des Verfassers handelt es sich für mich; habe ich doch auch aus der Gerichtsverhandlung nichts mitgeteilt als die Tatsache, daß sie ungünstig für Ruhland verlaufen ist —, weil also dieses Buch nicht wichtig genug ist, ihm noch ein paar Seiten zu widmen. Aus demselben Grunde kann ich einige Ruhland ehrende Äußerungen des Herrn Professor Conrad, die dessen Briefen an jenen entnommen sind, nicht abdrucken. Denn da die beiden Herren jetzt einander feindselig gegenüberstehen, würde der Abdruck den Grenzboten wahrscheinlich eine lange Entgegnung des Herrn Professor Conrad eintragen. Die Leser der Grenzboten wissen jezt, daß die Gutachten berühmter Professoren den Bund der Landwirte, dem ja Tausende von angesehenen, zum Teil bedeutenden Männern angehören, in seiner Hochschätzung Ruhlands nicht wankend gemacht haben, und das wird ja wohl meine unmaßgebliche Privatmeinung aufwiegen.

Carl Jentsch

Wilhelm von Bloennies' Gesammelte Werke. Herausgegeben von Karl Noack. Band I: Leben, Wirken und Ende des Freiherrn Leberecht vom Knopf. Darmstadt, F. V. Schlapp, 1909. Wilhelm von Bloennies, großherzoglich hessischer Major a. D., der am 21. August 1871 in Darmstadt starb, ist bis jetzt namentlich durch seine Kenntnisse und Schriften über die Handfeuerwaffen allgemein bekannt und kann wohl als der Schöpfer der Gewehrwissenschaft angesehen werden. Eine wohl ziemlich vollständige, wenn auch gedrängte Übersicht seines Lebens und Schaffens erschien als zweites Beiheft zum Militärwochenblatt 1889. Da aber Bloennies auch als Dichter und Publizist außerordentlich tätig war, so erscheint es als ein glücklicher Gedanke, seine sämtlichen Werke herauszugeben. Dem jetzt hier vorliegenden ersten Bande sollen noch zwei Bände folgen, von denen der eine seine dichterischen und publizistischen Werke, der andre die „Militärischen Briefe“ und schließlich eine Bibliographie seiner gesamten literarischen Tätigkeit enthalten wird.

Stadtbibliothekar Noack in Darmstadt, der die Herausgabe der Bloennies'schen Werke in Angriff genommen hat, beginnt mit der zu ihrer Zeit in allen deutschen Staaten sehr beachteten satirischen Schrift: „Leben, Wirken und Ende weiland Seiner Exzellenz des Oberfürstlich Winkelframschen Generals der Infanterie Freiherrn Leberecht vom Knopf.“ In allen Staaten suchte man den Vertreter dieser Persönlichkeit und selbstverständlich den Verfasser der Satire, bis man endlich einsah, daß sich „Knopf“ auf keine bestimmte einzelne Person, sondern auf das Gamaschentum in militärischen Kreisen bezog. Wenn sich nun Bloennies auch nicht ohne weiteres als Verfasser bekannte, so leugnete er auch keineswegs, der Verfasser zu sein.

Noack hat sich nun in der hier als Band I der sämtlichen Werke vorliegenden neuen Ausgabe des „Leberecht vom Knopf“ mit ganz erstaunlichem Fleiße der Aufgabe gewidmet, die Bedeutungen der einzelnen Ausdrücke im „Knopf“ sowie die wirklichen Namen der unter den verschiedensten Namen erwähnten Persönlichkeiten zu ermitteln. Das ist ihm in den 21 Seiten umfassenden Anmerkungen, die dem Bande angegeschlossen sind, gelungen.*). Jedem Leser, der diese neue Ausgabe des „Knopf“ unter Benützung der Anmerkungen durchstudiert, muß es klar werden, daß es sich bei „Knopf“ nicht um die bestimmte Persönlichkeit eines Klein- oder großstaatlichen Offiziers, sondern, wie ich schon erwähnt habe, lediglich um das Gamaschentum handelt, dem Bloennies mit seiner scharfen Satire zu Leibe rückte.

Jedenfalls gibt uns der hier vorliegende erste Band von Bloennies' gesammelten Werken Veranlassung, den weiter in Aussicht gestellten zwei Bänden mit Interesse entgegenzusehen und schon jetzt die Überzeugung auszusprechen, daß Noack auch die Bearbeitung und Herstellung von Band 2 und 3 ebenso gut gelingen werde.

C. v. H.

Essays. Von Bernhard Shaw. (Berlin, S. Fischer, 1908. Geheftet 5 Mark.) Wer Shaw kennt, wird von ihm nur ein ganz radikales, individuelles, ich möchte sagen, egoistisches Buch erwarten, wenn es sich gar noch um Essays, um die persönlichsten, direkten Meinungsäußerungen handelt. Zunächst: das vorliegende Buch wird niemand enttäuschen, der Sinn und Gefühl für das Wesen wahrhaft eigner Persönlichkeiten hat, für die Kunst eines überragenden Verstandes, für die

*) Zu Seite 231 dieser Anmerkungen möchte ich nur bezüglich der Angaben über den Reichsdeputationshauptschluß anführen, daß dieser auf Grund der Akten des großherzoglichen Haus- und Staatsarchivs bereits in der 1884 erschienenen Geschichte des großherzoglichen Artilleriekorps sowie in einem Aufsatze im Militärwochenblatt Nr. 60, 1895 Betrachtungen über den Mainfeldzug 1866 Seite 1564 erwähnt ist.

Kritik eines souveränen Geistes. Man wird den hier ungeschminkt ausgesprochenen Ansichten oft sogar mit Festigkeit widersprechen; aber diese freimütige, wenn auch ganz egoistisch rücksichtslose Art des Bekennens, dieses Dreinschlagens und Demolierens ist von faszinierender Wirkung. Shaw spricht sich — zumeist aphoristisch — über alles mögliche aus, über Kunst, Stil, soziales Leben, über wirtschaftliche, politische und metaphysische Fragen. Er tat dies zunächst in Zeitungsartikeln, aus denen Siegfried Trebitsch — der Herausgeber des Buches — diese Aphorismen und längern Ausführungen herausgezogen hat. Selbstverständlich kommt auch hier überall der Realpolitiker zum Ausdruck. Hypothesen und Spekulationen — im philosophisch-politischen Sinne — gibt es für Shaw nicht. Gewissen schmutzigen Geschäften (Frau Warrens Gewerbe) widmete er dieselbe verstandesmäßige liebevolle Kritik wie der Kunst der Duse und der Sarah Bernhardt, die er miteinander vergleicht. Von besonderem Interesse sind namentlich seine geistvollen Ausführungen über englische Schauspieler (Ellen Terry) und Dichter (Oskar Wilde). Von Bedeutung ist seine scharfe Polemik gegen Sozialismus und Anarchismus. Freilich die zeretzende Art Shaws wird gewissen elementarisch und gleichsam vegetativ sich entwickelnden sozialen Richtungen, philosophischen Weltanschauungen und künstlerischen Manifestationen doch auch nicht gerecht trotz ihrer mathematischen Logik und sichern Analyse: das liegt in der Natur der Dinge. An dieser Überkritik zeigt sich die Grenze dieses hervorragenden Geistes, die Mauer, an der seine Skepsis haltmachen muß.

Hans Benzmann

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Das Buch, das seinen eigenen Weg geht, wird alle die,
die überhaupt an der religiösen Frage Anteil nehmen, in
hohem Maße interessieren, nicht nur Lehrer und Eltern.

Stoffe und Probleme des Religionsunterrichts

Von D. theol. **A. S. Braasch**, Superintendent in Jena

[VI u. 232 S.] gr. 8. 1909. Geheftet Mk. 2,40, geb. Mk. 3,—

„Das ist ein Buch für die Lehrwelt, wie es die moderne Theologie den Lehrern schuldig ist. Sie dürfen erwarten, daß ihnen Handreichung getan werde, die entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Das tut auch das Buch im besten Sinne. Der Verfasser bespricht die mancherlei brennenden Fragen auf dem Gebiet des Religionsunterrichts. Aber, wie der Titel des Buches andeuten will, die Hauptprobleme liegen in dem Stoffe selbst. Darum gibt der Verfasser nicht nur prinzipielle Erörterungen, sondern — das ist der Vorzug dieses Werkes — er geht Schritt für Schritt den ganzen Stoff durch, zeigt offen und freimütig ohne Vertuschung die vorliegenden Schwierigkeiten und zeigt den Weg, wie der Unterricht danach wahrhaftig religiös befruchtend sein kann. So stellt der Verfasser dem Religionsunterricht die höchste Aufgabe, und mit ebenso großer Liebe und mit sicherem Verständnis zeigt er im einzelnen die Wege, wie die Lebensschätze der Schrift zu heben und den Schulen zu übermitteln sind. D. Braasch ist ein beredter Zeuge, wie auch vom Standpunkt der modernen Theologie aus der Katechismusunterricht mit ungeteiltem Herzen und mit Freudigkeit erteilt werden kann. Das vorliegende Buch gibt alles in allem in einleuchtender Klarheit eine Ausführung dieses Themas, wie für die Lehrer und Schüler Freude in den Religionsunterricht kommen kann.“

(Magdeburgische Zeitung.)

„Was an dem Buche noch besonders erfreulich ist, ist die Tatsache, daß ein Mann der Kirche rückhaltlos anerkennt, was weite Lehrerkreise fordern: Religionsunterricht auf Grund der Ergebnisse moderner Forschung.“

(Blätter für religiöse Erziehung.)

Ausführlicher Prospekt mit Probeabschnitten umsonst und postfrei vom Verlag
B. G. Teubner in Leipzig und Berlin.